

Sie fordern ein Verkehrskonzept für die Region

LIMBURG/DIEZ Ernüchternde Antwort aus Wiesbaden

Die Industrie- und Handelskammern (IHKs) Limburg und Koblenz setzen sich seit längerem für ein länderübergreifendes Verkehrskonzept für die Region Limburg-Diez ein. Nun haben sie bei einem Treffen mit Vertretern der Straßenbaubehörden aus Hessen und Rheinland-Pfalz in der IHK Limburg die Notwendigkeit einer Umgehung bis zur nächsten Fortschreibung des Verkehrswegeplans bekräftigt.

Mit Blick auf drohende Fahrverbote und die durch Schadstoffe stark belastete Luft in Limburg formulierten beide IHKs bereits letztes Jahr Forderungen, die an die jeweiligen Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz und Hessen adressiert wurden. Darin forderten sie eine bessere infrastrukturelle Anbindung der Verkehrsräume Diez und Südbereich von Limburg an den überörtlichen Verkehr – vor allem an A3 und B49. Außerdem soll auch die infrastrukturelle Verflechtung der beiden Landkreise in Bezug auf Straße, Radwege und ÖPNV verbessert werden. Da viele Arbeitnehmer und Schüler zwischen den beiden Städten pendeln. Zudem würde es die Einkaufs- und Lieferbeziehungen von Unternehmen vorantreiben. Als letzten Punkt fordern die IHKs eine Entlastung der Limburger Innenstadt durch Entflechtung des Verkehrsknotens Limburg – ohne dafür andere Wohngebieten unverhältnismäßig mehr zu belasten.

Die Antwort der Ministerien in Wiesbaden und Mainz liegen jetzt vor. Aus diesem Anlass diskutierten die IHKs Limburg und Ko-

blenz mit Vertretern der Straßenbaubehörden Hessen Mobil und Landesbetrieb Mobilität Diez sowie aus dem Regierungspräsidium Gießen über das weitere Vorgehen und mögliche Handlungsoptionen. Das Ziel war es, mit den regional zuständigen Fachexperten konstruktiv inhaltlich zu diskutieren, um daraus Handlungsoptionen für das weitere Vorgehen abzuleiten.

„Landespolitik ist zögerlich“

„Die Ausführungen aus Wiesbaden sind sehr ernüchternd“, kommentiert Monika Sommer, den aktuellen Sachstand. „Jens Deutschendorf, Staatssekretär im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen hat uns eine sehr klare Botschaft gesendet. Danach kommt die Aufnahme der Planung einer Südumgehung Limburg im Zuge der B54 derzeit nicht in Frage, da sich das Projekt nur im sogenannten 'weiteren Bedarf' des aktuellen Bundesverkehrswegeplans befindet und die Planungskapazitäten mit den Projekten des vordringlichen Bedarfs ausgelastet seien. Das bedauern wir sehr.“

Dennoch wollen sich die IHK-Vertreter von dieser Botschaft nicht entmutigen lassen. „Das Angebot des Landes Hessen, für eine bessere Verknüpfung der Regionen durch ÖPNV und Radverkehr die Bereitstellung von Fördergeldern zu prüfen, begrüßen wir natürlich“, beurteilt Richard Hover, Regionalgeschäftsführer der IHK

Koblenz für den Rhein-Lahn-Kreis, die Situation. Dies sei jedoch nur ein Aspekt des von den IHKs geforderten umfassenden Verkehrskonzeptes. Bis zur nächsten Fortschreibung des Verkehrswegeplans gehe es vor allem darum, die Notwendigkeit einer Umgehung zu untermauern.

Die Anregung von Dr. Volker Wissing, Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, bis zur nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans auf Basis einer neuen Verkehrsuntersuchung sowie einer Machbarkeitsstudie die bisher verfolgten und angedachten Straßeninfrastrukturmaßnahmen des Bedarfsplans auf den Prüfstand zu stellen, wurde konstruktiv aufgenommen. „Hier bauen wir auf die Unterstützung der Vertreter aus den Straßenbaubehörden“, so Hover.

Den Bedarf der Wirtschaft im Blick

Im Austausch mit den Vertretern der Straßenbauverwaltungen kündigten die IHKs Limburg und Koblenz an, dass sie das Thema in den nächsten Jahren bewusst weiter begleiten wollen, um das Vorhaben bei einer Neubewertung des aktuellen Bundesverkehrswegeplanes planungstechnisch in den vordringlichen Bedarf vorzurücken. „Dies ist insbesondere bei länderübergreifenden Themen sehr anspruchsvoll. Wir denken daher nun über die Gründung einer Regionalinitiative nach, um dem Bedarf der regionalen Wirtschaft eine starke Stimme zu verleihen und die Politik für ein ge-



Über die Verkehrsprobleme im Raum Limburg-Diez, die Forderung nach einem länderübergreifenden Verkehrskonzept sowie die Notwendigkeit einer Umgehung diskutierten Vertreter der IHKs Limburg und Koblenz mit (erste Reihe von links) Eugen Reichwein (Hessen Mobil), Lutz Nink (Landesbetrieb Mobilität Diez) und Stefan Uhlenkotte (Regierungspräsidium Gießen).

FOTO: IHK LIMBURG

meinsames Verkehrskonzept zu gewinnen“, so Monika Sommer. „Denn, wo ein gemeinsamer Wille ist, da ist dann auch ein Weg für eine Umgehung“.

Um den Wirtschaftsstandort Limburg-Weilburg-Diez auch für die Zukunft attraktiv zu gestalten,

müsse die hemmende Infrastrukturlücke geschlossen werden.

Grund für die Forderung der beiden Industrie- und Handelskammern die das Gesamtinteresse von insgesamt mehr als 105.000 Unternehmen vertreten,

sei das stetig zunehmende Verkehrsaufkommen zwischen beiden Städten und die zugleich anhaltende Zurückhaltung der Politik. „Wir bedauern vor allem, dass bis dato der entscheidende Schub von politischer Seite nicht zu erkennen ist. Deshalb fordern

die IHKs Limburg und Koblenz ein Verkehrskonzept, das von den politischen Verantwortlichen beidseits der Landes- und Stadtgrenze mitgetragen und unterstützt wird“, sagt Monika Sommer Hauptgeschäftsführerin der IHK Limburg.

red